

Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 230 (1951)

Artikel: Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz im Jahre 1949/50
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-375420>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz im Jahre 1949/50

Die Konsolidierung der Weltwirtschaft hat im vergangenen Jahre unterfennbare Fortschritte gemacht. Dank dem Marshallplan, auf Grund dessen der Kongress der USA für das Jahr 1949/50 3,7 Milliarden Dollars bewilligte, vermochte sich die Weltproduktion weiterhin auszuweiten. Freilich trat nun auch wieder der Konkurrenzkampf von Land zu Land mehr in Erscheinung. Die Hemmnisse des internationalen Güteraustausches in der Gestalt mannigfacher Devisenbeschränkungen sind aber nicht verschwunden und kann sich deshalb der Handelsverkehr meist nur in Form bilateraler Handelsabkommen abwickeln. Ferner zeigte sich, daß Westdeutschland immer mehr bestrebt ist, seine frühere wichtige Rolle im internationalen Wirtschaftsleben zurückzugewinnen. Ein Ereignis von großer wirtschaftspolitischer Bedeutung war die am 18. September 1949 von Großbritannien im Einverständnis mit dem internationalen Währungsfonds vorgenommene Abwertung des Pfunds um 30,5 %. Auch zahlreiche weitere Länder schritten zu mehr oder weniger weitreichenden Abwertungen. Wie weit allerdings diese Maßnahme durch Preisverkorrekturen wieder ausgeglichen wird, muß sich noch zeigen.

Für die Schweiz bestand kein Anlaß, in den Abwertungsereignis einzustimmen, doch bedeutete dieses Ereignis für sie eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes. Die schweizerische Wirtschaft hat sich zwar vermöge der gemachten Anstrengungen trotz einzelner Rückschläge erstaunlich gut gehalten. Unser Land bekommt aber wieder deutlich zu spüren, daß die Leistungsfähigkeit verschiedener kriegsgefügigter Länder stark zugenommen hat und diese der Schweiz mit ihren z. T. durch die Abwertung und durch den Marshallplan begünstigten Angeboten den Platz streitig machen. Demzufolge ist auch das Preisniveau in der Schweiz in Rückbildung begriffen. Der Großhandelsindex ist im vergangenen Jahre von 214,4 im Januar 1949 auf 198,7 Ende des Jahres und 196,8 Ende Mai 1950 zurückgegangen, was ziemlich dem Rückgang in den USA entspricht. Auch der Lebenskostenindex ist von 163 auf 161 und 158,2 Ende Mai zurückgefallen, wobei allerdings 1949 immer noch 148 Millionen Fr. Lebenskostenverbilligungsbeiträge durch den Bund getragen wurden. Das Lohnniveau lag im Jahr 1949 auch nach dem Realverdienst um mehr als 10 Prozent über dem Vorkriegsstand. Trotz einzelner Rückschläge war eine Arbeitslosigkeit nicht zu verzeichnen, dagegen ist die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte wesentlich verringert worden.

Die Landwirtschaft hatte im ganzen genommen kein schlechtes Jahr. Die Heuernte war befriedigend und der Getreideertrag recht gut. Daß die Kartoffelernte schwach ausfiel, war angesichts der immer noch für den Landesbedarf mehr als auskömmlichen Produktion kein Unglück. Beim Obst war besonders die Kirschenernte sehr gut, so daß neben einer reichlichen Inlandversorgung noch Kirschen in namhaftem Umfang exportiert wurden. Eine immer noch nicht gelöste Frage besteht beim Wein, wo zwar die Ernte etwas schwächer ausfiel als im Vorjahr, aber angesichts bedeutender Vorräte wieder eine Hilfsaktion durchgeführt werden mußte, die aber un-

erfreuliche Begleiterscheinungen zeitigte. Willkommen war dagegen der stark vermehrte Traubenabfaß. Durch ein neues Weinstatut soll die Verwertung des Schweizerweines gefördert werden. Beim Vieh ergab sich ein starker Anfall an Schlachtvieh, dagegen begegnete das Zuchtvieh im Ausland steigenden Absatzschwierigkeiten. Der Milchpreis blieb im Frühjahr 1950 für den Produzenten noch stabil, doch mußte der Konsument 2 Verbilligerungen auf sich nehmen und wird im Herbst der letzte Bundesrappen zulasten des Produzenten fallen.

Der Gesamtrohertrag der Landwirtschaft hielt sich mit 2193 Millionen Fr. ziemlich genau auf der Vorjahreshöhe. Interessant ist aber festzustellen, daß der Pflanzenbau einen Ausfall von 66 Millionen Fr. hatte, der durch die Tierhaltung ziemlich genau ausgeglichen wurde. Im Ganzen sind die Produktpreise um 6½ % zurückgefallen, stärker als die Produktionskosten, ein Moment, das die Landwirtschaft gegenüber weiteren Preisabbauforderungen der übrigen Wirtschaftskreise mit Nachdruck geltend macht.

Die Industrie verzeichnete einen um 7 % geringeren Beschäftigungsgrad als im Vorjahr, hatte aber im ganzen genommen kein schlechtes Jahr. In der Elektro- und Maschinenindustrie hat der gute Beschäftigungsgrad angehalten, wobei allerdings Preisabschnitte wegen der immer schärferen Konkurrenz des Auslandes in Kauf genommen werden mußten. Neue Bestimmungen sind denn auch sichtlich spärlicher geworden. Die Uhrenindustrie klagt über steigend fühlbarere Diskriminierung ihrer Produkte als «non essentials». Zwar stand die Exportmenge 1949 noch über dem Vorjahr, doch ist der Ausfuhrwert doch etwas geringer ausgefallen. Die Textilindustrie hatte mit ähnlichen Sorgen zu kämpfen, wobei auch die Abwertung hindernd in den Weg trat. Die Wollindustrie konnte in dessen noch eine Ausweitung ihres Auslandabfases erreichen, ebenso hat sich in der Baumwoll- und Seidenindustrie die Exportlage wieder etwas gebessert. Die Stickereiindustrie, die besonders stark auf den Export angewiesen ist, vermochte ihren Beschäftigungsgrad auf zirka 80 % ihrer Kapazität zu halten. Es kostete aber viel Mühe, für die Ausfälle einzelner Länder anderswo neuen Absatz zu suchen. Die chemisch-pharmazeutische Industrie meldet auch gewisse Rückgänge, wobei die Wiedererstarbung der deutschen Industrie fühlbar zu werden beginnt.

Im Baugewerbe ist die Tätigkeit wieder normaler geworden. Hat die industrielle Bautätigkeit bereits eine Rückbildung erfahren, so scheint auch in der Wohnbautätigkeit, namentlich der größeren Städte, halb einmal ein Sättigungspunkt erreicht zu werden, nachdem die Zahl der neuen Wohnungen wesentlich zugenommen hat. Die staatliche Wohnbauförderung ist denn auch da und dort abgebaut worden, nachdem die recht hoch gewordenen Baukosten wieder etwas zurückgegangen sind.

Das Fremdenverkehrsgewerbe hatte die Folgen der Abwertung im Jahre 1949 noch nicht voll zu spüren bekommen. Wenn die Logiergästeszahl von 18,1 auf 17,2 Millionen zurückgegangen ist, so sind daran

weniger die Ausländer schuld, als die einheimischen Gäste, die in Scharen wieder ins Ausland geströmt sind. Dazu kommt, daß auch der Ausländerstrom durch billigere Ferienplätze (Österreich) sowie durch behördliche Devisenrückichten in Länder mit weicher Währung gelenkt worden ist.

Auf dem Geld- und Kapitalmarkt herrschte große Flüssigkeit. Der offizielle Diskontsatz stand auf 1,5 %, der Privatsatz senkte sich von 1,625 auf 1,5 %. Die Rendite der Anlagepapiere fiel von 3,3 % auf 2,6 % zurück, wobei die Anlagen der Alters- und Hinterlassenenversicherung mithalfen, dem Rentner den Zins herunterzudrücken. Neu-Emissionen waren gering, dafür vergrößerte sich der Ausgleichsfonds der AHV von 351 auf 800 Millionen Fr. Auch für erststellige Hypotheken blieb der Zinsfuß auf 3½ %.

Im Zahlungsverkehr mit dem Ausland hat sich eine Besserung insofern gezeigt, daß nun der Dollar frei geworden ist. Ebenso besteht wieder mit Belgien-Luxemburg freier Zahlungsverkehr.

Unsere Währungsreserven sind im Jahre 1949 von 6 auf 6,5 Milliarden gestiegen, dagegen ist der Notenumlauf etwas zurückgegangen. Nachdem ein erster Anlauf zur rechtlichen Konsolidierung unserer Währungsverhältnisse gescheitert ist, wird in Kürze eine neue Vorlage vorgelegt werden müssen.

Der Außenhandelsverkehr ergab 1949 einen starken Rückgang der Einfuhr, die von 4999 Millionen Fr. auf 3791 Millionen Fr. zurückging, während die Ausfuhr sich mit 3435 Millionen Fr. nur um 22 Millionen unter dem Vorjahr bewegte. Demzufolge ist der Passivsaldo, der im Vorjahr noch 1500 Millionen Fr. betragen hatte, auf 334 Millionen zurückgeschmolzen. Der Einfuhrrückgang läßt sich mit der Sättigung des Nachholbedarfes wie mit dem Bestehen beachtlicher Vorräte erklären. Auffallend ist der wesentlich größere Austauschverkehr mit Deutschland, mit dem auch für die Schweiz interessante Abkommen geschlossen werden konnten.

Die schweizerische Wirtschaftspolitik stand im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen den Anhängern einer gelenkten Wirtschaft, welche die Beibehaltung oder sogar Ausgestaltung der staatlichen Maßnahmen der Kriegszeit fordern und den Verfechtern der Wiederaufnahme des freien Wirtschaftsverkehrs und der Beseitigung möglichst vieler staatlicher Bindungen und Beeinflussungen. Allerdings gibt man sich auch in diesen Kreisen darüber Rechenschaft, daß bei den heutigen schwierigen Verhältnissen nicht einfach der Vorkriegsstand wiederhergestellt werden kann, weil die weithin gelenkte Landwirtschaft der Schweiz eine entsprechende Abwehrstellung förmlich aufzwingt. Der Streit geht mehr darum, wie weit die staatliche Lenkung zu gehen hat. Die Ungleichheit der Verhältnisse in den verschiedenen Wirtschaftszweigen erschwert natürlich die Einhaltung einer einheitlichen Linie. Tatsache ist, daß sich Behörden und Volk über die Grundlinien, nach denen die neuen Wirtschaftsartikel zu handhaben sind, noch nicht klar sind. Ist es auf der einen Seite gelungen, das am 25. Oktober 1949 von den eidgenössischen Räten verabschiedete revidierte Alkoholgeseß, das für die brennlose Kartoffel- und Obstverwertung Lenkungsmaßnahmen auf Grund der Wirtschaftsartikel vorsieht, unaufgebrochen durch

die Klippe des Referendums zu bringen, so sind die Beratungen über das neue Bodennrecht und die Vorbereitung des neuen Agrargesetzes noch nicht recht vom Fleck gekommen. Die Verwerfung des Bundesbeschlusses über die Verlängerung der Förderung des Wohnungsbau durch den Bund vom 29. Januar 1950 hat auch wieder gezeigt, daß die Mehrheit des Schweizervolkes die Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat nur so lange billigt, als es nicht anders geht. Auch die Annahme der Verfassungsinitiative über die dringlichen Bundesbeschlüsse vom 11. September des vergangenen Jahres war ein solches Warnungssignal. Umgekehrt gibt es wieder Dinge, die dringend der staatlichen Bearbeitung bedürfen, wie z. B. die Aufstellung eines neuen Generalzolltarifes, als unentbehrliches Kampfinstrument in den immer schwieriger werdenden Wirtschaftsverhandlungen mit dem Ausland. Dies zeigt sich besonders in den recht mühsamen Handelsvertragsverhandlungen mit Italien, die noch im Gange sind. An weiteren wirtschaftspolitischen Erlassen, die zurzeit in Beratung stehen, ist die Autotransportordnung zu nennen, welche die bisherige provisorische Regelung verankern soll.

Die eidg. Staatsrechnung hat pro 1949 einen Einnahmenüberschuß von 12 Millionen Fr. gebracht bei einer Einnahmensumme von 1564 Millionen Fr. Von den 1552 Millionen Fr. Ausgaben entfielen 285 Millionen auf den Zinsendienst, 250 Millionen auf das Personal, 573 Millionen auf die Landesverteidigung und die Zivilverwaltung, 324 Millionen auf Subventionen und Verbilligungsmaßnahmen, 120 Millionen auf die AHV. Bei den Einnahmen entfielen nur mehr 21 % auf die früher fast alleinige Finanzquelle der Zölle und 59 % auf übrige Steuern. 690 Millionen Fr. Einnahmen oder 44 % beruhten allein auf Finanznotrecht. Diese wenigen Zahlen illustrieren deutlich die Bedeutung der Bundesfinanzreform, die im vergangenen Jahre unser Parlament stark beschäftigt hat. Nachdem sich die Durchbringung einer Lösung mit einer direkten Bundessteuer als nicht möglich erwiesen hatte, wurde durch Bundesbeschluß vom 21. Dezember 1949 eine vorläufige zweijährige Ordnung gutgeheißen, die das bisherige Finanznotrecht noch verlängert. Am 21. März 1950 verabschiedeten die eidg. Räte eine Verfassungsvorlage, welche die direkte Bundessteuer durch Steuerkontingente der Kantone und eine Steuer auf Handelsgesellschaften ersetzen wollte, unter gleichzeitiger Sanktionierung der Warenumsatzsteuer. Diese Vorlage wurde aber in der Volksabstimmung vom 4. Juni 1950 mit 485 418 Nein gegen 266 838 Ja und starkem Ständemehr verworfen.

Die Rechnung der Bundesbahnen pro 1949 schloß mit einem Passivsaldo von 39,8 Millionen Fr. ab, während das Vorjahr noch einen Aktivsaldo von 15 Millionen Fr. gebracht hatte. Der wieder starke Druck konkurrierender Verkehrsmittel wie die durch die Taxen nicht ausgeglichene Seuerung hat übrigens nicht nur den Bundesbahnen, sondern auch den Privatbahnen neue Sorgen gebracht, so daß der Ruf weiterer Verstaatlichung recht vernehmbar ertönt. Im weiteren ist die Notwendigkeit der Verwirklichung einer vernünftigen Verkehrsordination erneut in den Vordergrund gerückt.